**DASV**

Deutsche Anwalts- und

Steuerberatervereinigung

für die mittelständische

 Wirtschaft e. V.

**10 Urteile, die Ihre Leser interessieren könnten**

zusammengestellt von Rechtsanwalt/Fachanwalt für Arbeitsrecht u. Fachanwalt für Erbrecht

Michael Henn, Stuttgart

**I.**

### Verjährung des Anspruchs auf Erteilung eines Buchauszugs

#### BGH, Urteil vom 03.08.2017, Az: VII ZR 32/17

a) Die Verjährung des Anspruchs des Handelsvertreters auf Erteilung eines Buchauszugs nach § 87c Abs. 2 HGB beginnt regelmäßig mit dem Schluss des Jahres, in dem der Unternehmer dem Handelsvertreter eine abschließende Abrechnung über die diesem zustehende Provision erteilt hat.

b) Der Handelsvertreter ist, wenn der Unternehmer die Erteilung einer Abrechnung über die dem Handelsvertreter zustehende Provision verweigert, obwohl er zur Abrechnung verpflichtet ist, grundsätzlich berechtigt, die Vorlage eines Buchauszugs zusammen mit der Abrechnung über die Provision gerichtlich geltend zu machen (Abgrenzung zu BGH, Beschluss vom 20. Mai 2014 - VII ZR 187/13 ).

### II.

### Klausel zu Festpreisen im Einheitspreisbauvertrag

BGH, Urteil vom 20.07.2017, Az: VII ZR 259/16

Die in Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftraggebers eines Einheitspreisbauvertrags enthaltene Klausel "Die dem Angebot des Auftragnehmers zugrunde liegenden Preise sind grundsätzlich Festpreise und bleiben für die gesamte Vertragsdauer verbindlich."

benachteiligt den Auftragnehmer unangemessen und ist daher unwirksam.

**III.**

### Unwirksame Schadensbeseitigungsklausel in Architektenvertrag

#### BGH, Urteil vom 16.02.2017, Az: VII ZR 242/13

Die von einem Architekten als Allgemeine Geschäftsbedingung gestellte Vertragsbestimmung in einem Architektenvertrag:

"Wird der Architekt wegen eines Schadens am Bauwerk auf Schadensersatz in Geld in Anspruch genommen, kann er vom Bauherrn verlangen, dass ihm die Beseitigung des Schadens übertragen wird." ist wegen Verstoßes gegen § 307 Abs. 1 Satz 1 BGB unwirksam (Abgrenzung zu BGH, Urteil vom 9. April 1981 - VII ZR 263/79 ,BauR 1981, 395).

**IV.**

**Außerordentliche Kündigung eines Geschäftsführerdienstvertrags: Voraussetzungen eines wichtigen Grundes für die Kündigung; Beweislastverteilung**

OLG München, Urteil vom 22. Juni 2017, Az. 23 U 3293/16

1. Ein wichtiger Grund für die Kündigung eines Geschäftsführerdienstvertrags setzt voraus, dass Tatsachen vorliegen, die die Fortsetzung des Dienstverhältnisses bis zum Ablauf der ordentlichen Kündigungsfrist unzumutbar machen, insbesondere aufgrund grober Pflichtverletzungen des Geschäftsführers. Verschulden ist hierfür nicht erforderlich.[(Rn.35)](https://www.juris.de/jportal/portal/t/wtn/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=96&numberofresults=1101&fromdoctodoc=yes&doc.id=JURE170031481&doc.part=L&doc.price=0.0&doc.hl=1" \l "rd_35" \o "zum Text)

2. Maßstab ist nicht das subjektive Empfinden des kündigenden Teils, sondern ob objektiv aus Sicht eines verständigen Betrachters unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen der weiteren Zusammenarbeit die Grundlage entzogen ist.[(Rn.35)](https://www.juris.de/jportal/portal/t/wtn/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=96&numberofresults=1101&fromdoctodoc=yes&doc.id=JURE170031481&doc.part=L&doc.price=0.0&doc.hl=1#rd_35)

3. Ein wichtiger Grund für die Gesellschaft kann je nach den Umständen des Einzelfalls etwa darin liegen, dass ein Geschäftsführer sich Weisungen der Gesellschafterversammlung widersetzt, gegen die innergesellschaftliche Kompetenzordnung verstößt oder den Alleingesellschafter auf dessen Fragen nach dem Stand einzelner Geschäfte unzureichend informiert. Dabei rechtfertigt nicht jede fehlerhafte Leistungserbringung schon eine außerordentliche Kündigung.[(Rn.35)](https://www.juris.de/jportal/portal/t/wtn/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=96&numberofresults=1101&fromdoctodoc=yes&doc.id=JURE170031481&doc.part=L&doc.price=0.0&doc.hl=1#rd_35)

4. Die Beweislast für die Tatsachen, die den wichtigen Grund darstellen, trägt derjenige, der gekündigt hat und sich auf die Wirksamkeit der Kündigung beruft.[(Rn.35)](https://www.juris.de/jportal/portal/t/wtn/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=96&numberofresults=1101&fromdoctodoc=yes&doc.id=JURE170031481&doc.part=L&doc.price=0.0&doc.hl=1#rd_35)

**V.**

**Im Zivilprozess gilt das Wahrheitsgebot**

OLG Celle, Beschluss vom 17. Juli 2017, Az. 11 U 66/17

Ein Anleger, der ein Anlageberatungsunternehmen auf Schadensersatz mit der Begründung in Anspruch nimmt, er sei von dem Berater in dem Beratungsgespräch nicht hinreichend über - schriftsätzlich konkret benannte - Risiken aufgeklärt worden, hält keinen schlüssigen Vortrag zu einer Anlageberaterpflichtverletzung, wenn er im Rahmen seiner persönlichen Anhörung vor dem Gericht einräumt, sich an den Ablauf des - viele Jahre zurückliegenden - Beratungsgespräches gar nicht mehr erinnern zu können.

**VI.**

**Bearbeitungsentgelt für Vertragsschluss bei Unternehmen**

BGH, Urteil vom 04. Juli 2017, Az. XI ZR 562/15

1. Die in Darlehensurkunden eines Kreditinstituts für den Abschluss von Kreditverträgen mit Unternehmern enthaltene formularmäßige Klausel "Bearbeitungsentgelt für Vertragsschluss      EUR      10.000 €" unterliegt nach [§ 307 Abs. 3 Satz 1 BGB](https://www.juris.de/jportal/portal/t/wx0/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=26&numberofresults=380&fromdoctodoc=yes&doc.id=BJNR001950896BJNE260101377&doc.part=S&doc.price=0.0#focuspoint) der richterlichen Inhaltskontrolle und ist gemäß [§ 307 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Nr. 1 BGB](https://www.juris.de/jportal/portal/t/wx0/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=26&numberofresults=380&fromdoctodoc=yes&doc.id=BJNR001950896BJNE260101377&doc.part=S&doc.price=0.0#focuspoint) unwirksam.

2. Die kenntnisabhängige Verjährungsfrist des [§ 199 Abs. 1 BGB](https://www.juris.de/jportal/portal/t/wx0/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=26&numberofresults=380&fromdoctodoc=yes&doc.id=BJNR001950896BJNE019103140&doc.part=S&doc.price=0.0#focuspoint) für Rückforderungsansprüche wegen unwirksam formularmäßig vereinbarter Bearbeitungsentgelte begann auch bei Darlehensverträgen mit Unternehmern nach [§ 488 BGB](https://www.juris.de/jportal/portal/t/wx0/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=26&numberofresults=380&fromdoctodoc=yes&doc.id=BJNR001950896BJNE048203140&doc.part=S&doc.price=0.0#focuspoint) mit dem Schluss des Jahres 2011 zu laufen (Fortführung von Senatsurteil vom 28. Oktober 2014, [XI ZR 348/13](https://www.juris.de/jportal/portal/t/wx0/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=26&numberofresults=380&fromdoctodoc=yes&doc.id=KORE316812014&doc.part=K&doc.price=0.0#focuspoint), [BGHZ 203, 115](https://www.juris.de/jportal/portal/t/wx0/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=26&numberofresults=380&fromdoctodoc=yes&doc.id=KORE316812014&doc.part=K&doc.price=0.0#focuspoint) [Rn. 44](https://www.juris.de/jportal/portal/t/wx0/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=26&numberofresults=380&fromdoctodoc=yes&doc.id=KORE316812014&doc.part=L&doc.price=0.0#rd_44) ff.).

**VII.**

BGH, Urteil vom 03. August 2017, Az. VII ZR 32/17

**Handelsvertreterrecht**

1. Die Verjährung des Anspruchs des Handelsvertreters auf Erteilung eines Buchauszugs nach [§ 87c Abs. 2 HGB](https://www.juris.de/jportal/portal/t/x0o/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=9&numberofresults=724&fromdoctodoc=yes&doc.id=BJNR002190897BJNE010200300&doc.part=S&doc.price=0.0#focuspoint) beginnt regelmäßig mit dem Schluss des Jahres, in dem der Unternehmer dem Handelsvertreter eine abschließende Abrechnung über die diesem zustehende Provision erteilt hat.

2. Der Handelsvertreter ist, wenn der Unternehmer die Erteilung einer Abrechnung über die dem Handelsvertreter zustehende Provision verweigert, obwohl er zur Abrechnung verpflichtet ist, grundsätzlich berechtigt, die Vorlage eines Buchauszugs zusammen mit der Abrechnung über die Provision gerichtlich geltend zu machen (Abgrenzung zu [BGH, Beschluss vom 20. Mai 2014, VII ZR 187/13](https://www.juris.de/jportal/portal/t/x0o/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=9&numberofresults=724&fromdoctodoc=yes&doc.id=JURE140009705&doc.part=L&doc.price=0.0#focuspoint)).

**VIII.**

**Persönliche Haftung des Insolvenzverwalters wegen vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung: Überprüfung der Masseunzulänglichkeitsanzeige und der voraussichtlichen Verwaltervergütung im Haftungsprozess**

BGH, Urteil vom 20. Juli 2017, Az. IX ZR 310/14

1. Dem Insolvenzverwalter steht bei der Frage, zu welchem Zeitpunkt er die (drohende) Masseunzulänglichkeit anzeigt, ein weiter Handlungs- und Entscheidungsspielraum zu. Dessen Einhaltung kann das Gericht des Haftungsprozesses umfassend nachprüfen.[(Rn.25)](https://www.juris.de/jportal/portal/t/x3f/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=11&numberofresults=395&fromdoctodoc=yes&doc.id=KORE318412017&doc.part=L&doc.price=0.0&doc.hl=1" \l "rd_25" \o "zum Text)

2. Die vom Insolvenzverwalter bei der Anzeige der Masseunzulänglichkeit berücksichtigte voraussichtliche Verwaltervergütung kann das Gericht des Haftungsprozesses daraufhin überprüfen, ob der Insolvenzverwalter den ihm dabei zuzugestehenden Beurteilungsspielraum in unvertretbarer Weise überschritten hat.[(Rn.26)](https://www.juris.de/jportal/portal/t/x3f/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=11&numberofresults=395&fromdoctodoc=yes&doc.id=KORE318412017&doc.part=L&doc.price=0.0&doc.hl=1" \l "rd_26" \o "zum Text)

**IX.**

**Mietkaution**

LG Berlin, Urteil vom 20. Juli 2017, Az. 67 S 111/17

1. Auch nach Beendigung des Mietverhältnisses hat die Kaution grundsätzlich nur eine Sicherungs- und keine Befriedigungsfunktion; deshalb ist der (Wohnraum-)Vermieter nach Vertragsende nur wegen unstreitiger oder rechtskräftig festgestellter Ansprüche zur Inanspruchnahme der Kaution befugt.

2. Droht nach Beendigung des Mietverhältnisses die Inanspruchnahme der Kaution durch den Vermieter wegen streitiger Ansprüche, kann der Mieter im einstweiligen Verfügungsverfahren Unterlassung verlangen. Die drohende Inanspruchnahme der Kaution reicht unabhängig von ihrer Höhe als Verfügungsgrund gemäß [§§ 935](https://www.juris.de/jportal/portal/t/x9d/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=10&numberofresults=545&fromdoctodoc=yes&doc.id=BJNR005330950BJNE115702301&doc.part=S&doc.price=0.0#focuspoint), [940 ZPO](https://www.juris.de/jportal/portal/t/x9d/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=10&numberofresults=545&fromdoctodoc=yes&doc.id=BJNR005330950BJNE116202301&doc.part=S&doc.price=0.0#focuspoint) aus, selbst wenn vermieterseits ein konkretes Insolvenzrisiko nicht besteht.

**X.**

**Abweichende Steuerfestsetzung bei außergewöhnlichen Belastungen**

BFH, Beschluss vom 12. Juli 2017 – VI R 36/15 –, BFHE

1. Aufwendungen i.S. des [§ 33 Abs. 1 EStG](https://www.juris.de/jportal/portal/t/xck/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=22&numberofresults=931&fromdoctodoc=yes&doc.id=BJNR010050934BJNE010022817&doc.part=S&doc.price=0.0#focuspoint) sind grundsätzlich in dem Veranlagungszeitraum zu berücksichtigen, in dem der Steuerpflichtige sie geleistet hat[(Rn.20)](https://www.juris.de/jportal/portal/t/xck/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=22&numberofresults=931&fromdoctodoc=yes&doc.id=STRE201710187&doc.part=L&doc.price=0.0&doc.hl=1" \l "rd_20" \o "zum Text).

2. Eine abweichende Steuerfestsetzung nach [§ 163 AO](https://www.juris.de/jportal/portal/t/xck/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=22&numberofresults=931&fromdoctodoc=yes&doc.id=BJNR006130976BJNE025703819&doc.part=S&doc.price=0.0#focuspoint) ist atypischen Ausnahmefällen vorbehalten. Sie kommt nicht bereits dann in Betracht, wenn sich Aufwendungen im Veranlagungszeitraum der Verausgabung nicht in vollem Umfang steuermindernd ausgewirkt haben[(Rn.15)](https://www.juris.de/jportal/portal/t/xck/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=22&numberofresults=931&fromdoctodoc=yes&doc.id=STRE201710187&doc.part=L&doc.price=0.0&doc.hl=1" \l "rd_15" \o "zum Text)[(Rn.22)](https://www.juris.de/jportal/portal/t/xck/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=22&numberofresults=931&fromdoctodoc=yes&doc.id=STRE201710187&doc.part=L&doc.price=0.0&doc.hl=1" \l "rd_22" \o "zum Text)[(Rn.23)](https://www.juris.de/jportal/portal/t/xck/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=22&numberofresults=931&fromdoctodoc=yes&doc.id=STRE201710187&doc.part=L&doc.price=0.0&doc.hl=1" \l "rd_23" \o "zum Text).

#### Orientierungssatz

1. Zu Leitsatz 1: Dies gilt unabhängig davon, ob sie aus eigenen oder fremden Mitteln bestritten werden[(Rn.20)](https://www.juris.de/jportal/portal/t/xck/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=22&numberofresults=931&fromdoctodoc=yes&doc.id=STRE201710187&doc.part=L&doc.price=0.0&doc.hl=1#rd_20).

2. Ziel des [§ 33 EStG](https://www.juris.de/jportal/portal/t/xck/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=22&numberofresults=931&fromdoctodoc=yes&doc.id=BJNR010050934BJNE010022817&doc.part=S&doc.price=0.0#focuspoint) ist es, zwangsläufige Mehraufwendungen für den existenznotwendigen Grundbedarf zu berücksichtigen, die sich wegen ihrer Außergewöhnlichkeit einer pauschalen Erfassung in allgemeinen Freibeträgen entziehen. Aus dem Anwendungsbereich des [§ 33 EStG](https://www.juris.de/jportal/portal/t/xck/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=22&numberofresults=931&fromdoctodoc=yes&doc.id=BJNR010050934BJNE010022817&doc.part=S&doc.price=0.0#focuspoint) ausgeschlossen sind dagegen die üblichen Aufwendungen der Lebensführung, die in Höhe des Existenzminimums durch den Grundfreibetrag abgegolten sind ([BFH-Urteil vom 29. September 1989 III R 129/86](https://www.juris.de/jportal/portal/t/xck/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=22&numberofresults=931&fromdoctodoc=yes&doc.id=STRE891044550&doc.part=K&doc.price=0.0#focuspoint), [BFHE 158, 380](https://www.juris.de/jportal/portal/t/xck/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=22&numberofresults=931&fromdoctodoc=yes&doc.id=STRE891044550&doc.part=K&doc.price=0.0#focuspoint), [BStBl II 1990, 418](https://www.juris.de/jportal/portal/t/xck/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=22&numberofresults=931&fromdoctodoc=yes&doc.id=STRE891044550&doc.part=K&doc.price=0.0#focuspoint))[(Rn.19)](https://www.juris.de/jportal/portal/t/xck/page/jurisw.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=22&numberofresults=931&fromdoctodoc=yes&doc.id=STRE201710187&doc.part=L&doc.price=0.0&doc.hl=1" \l "rd_19" \o ").

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Michael Henn

Rechtsanwalt

Fachanwalt für Erbrecht

Fachanwalt für Arbeitsrecht

Schriftleiter mittelstandsdepesche

Rechtsanwälte Dr. Gaupp & Coll.

Kronprinzstr. 14

70173 Stuttgart

Tel.: 0711/ 30 58 93-0 Fax: 0711/ 30 58 93-11

e-Mail: henn@drgaupp.de [www.drgaupp.de](http://www.drgaupp.de)